

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 21.07.2015	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☐ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☐ ☐	Vorlage-Nr. 2015/0262 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: Kostenstelle: Kostenträger:		
Investitionsnummer: Sachkonto:		

Betreff: Stellungnahme des Landes Hessen an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Studie "Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den gesamten Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse - Rhein/Main - Rhein/Neckar - Karlsruhe" (Korridorstudie)

Vorlage vom: 13.07.2015

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme des Landes Hessen zur Korridorstudie vom 19. Juni 2015 wird zur Kenntnis genommen.

Anlagen: Stellungnahme des Landes Hessen

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten:	☐ Ja	☐ Nein
---------------------	-----------------------------	-------------------------------

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 13. Juli 2015

Am 27. März 2015 hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) den Abschlussbericht der Studie „Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse – Rhein/Main – Rhein/Neckar – Karlsruhe (Korridorstudie)“ veröffentlicht. Ziel dieser Studie ist die Entwicklung eines neuen Zielkonzeptes für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zur Vorbereitung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2015.

Mit der Veröffentlichung der Studie begann eine Konsultationsphase, in der Anmerkungen und Stellungnahmen beim BMVI eingereicht werden konnten.

Dem Land Hessen, durch dessen Territorium eines der wichtigsten Bahnprojekte Deutschlands, die Neubaustrecke Rhein/Main – Rhein/Neckar führt, war daran gelegen, einen größtmöglichen politischen Konsens zu erreichen und mit einer gemeinsamen Positionierung dem Bund gegenüber Stellung zu nehmen.

Auf Einladung von Staatsminister Al-Wazir haben sich Vertreter südhessischer Kommunen und Landkreise sowie der Wirtschaft am 3. Juni 2015 auf eine gemeinsame Stellungnahme zur Korridorstudie „Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse – Rhein/Main – Rhein/Neckar – Karlsruhe“ verständigt.

Die Stellungnahme des Landes Hessen wurde mit Schreiben vom 25. Juni 2015 durch Staatsminister Al-Wazir dem BMVI übersandt.

Ein wichtiger Aspekt in der Stellungnahme ist die Anbindung Darmstadts an die Neubaustrecke, die zwischen Frankfurt und Mannheim gebaut werden soll. Neben der Nordanbindung, über die bereits Einigung erzielt wurde, wird das Land Hessen dem Bund zur südlichen Anbindung des Hauptbahnhofes eine Verbindung zwischen der Main-Neckar-Bahn und der Neubaustrecke an der A 67 möglichst noch auf Darmstädter Stadtgebiet zur Prüfung vorlegen.

Das Land stellt sich in seiner Begründung hinter die drei Ziele, die die Region für die Neubaustrecke definiert hat:

1. Schaffung von freien Kapazitäten für den ÖPNV
2. Verlagerung des Güterverkehrs auf die Neubaustrecke vor allem nachts
3. Anbindung des Darmstädter Hauptbahnhofes an die Neubaustrecke

Die Stadt Darmstadt würde damit die Anbindung an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz erhalten. Die bestehenden Bahnstrecken können für möglichst viel ÖPNV freigehalten werden und Stadt und Region können vor der Zunahme des Güterverkehrs und des damit einhergehenden Lärms geschützt werden.

Hinsichtlich der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 bis 2030 befindet man sich noch in einer sehr frühen Planungsphase. Die gemeinsame Stellungnahme des Landes Hessen und der Region eröffnet jedenfalls einen realistischen Ansatz für die Direktanbindung des Darmstädter Hauptbahnhofes an die Neubaustrecke.

Im anstehenden Verfahren werden alle Möglichkeiten der Streckenführung zu erörtern sein. Die Lage im Siedlungskörper wird die unterschiedlichen Belange zu berücksichtigen haben, wie z.B. die Vorgaben des Regionalplanes, bestehende Gewerbeflächen und technische Infrastruktur. Auch technische Möglichkeiten der Streckenführung, wie z. B. Tunnelbauten werden im weiteren Verfahren zu erörtern sein.

Darmstadt, den 13. Juli 2015

Dezernat I

Dezernat III

Jochen Partsch
Oberbürgermeister

Cornelia Zuschke
Stadträtin